



Israelisch-iranische Beziehungen

WIR SCHÜTZEN ÖSTERREICH.

   [bundesheer.at](https://www.bundesheer.at)



UNSER HEER



Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement
der Landesverteidigungsakademie Wien

INHALT

Israelisch-iranische Beziehungen	3
Beziehungen während der Pahlavi-Ära [1953-1979]	4
Von Verbündeten zu Feinden	5
1990er bis 2015	6
Iran unter Ruhani	7
Karten: Das iranische Atomprogramm, Israel und die Peripheriedoktrin	8
Das iranische Atomprogramm	10
Nuklearkrise	10
Das Atomabkommen von 2015 und seine Bedeutung für Israel	10
Israelische Reaktionen auf die Vereinbarung	11
MAD: Iranische Rationalität und israelische Abschreckung	11
Geopolitische Vorhersagen	12
Bekämpfung der nuklearen Bedrohung	12
Israels öffentliche Meinung	12
Hisbollah im Libanon	12
Syrien: die Bombe tickt	13

Geschätzte Leserin, geschätzter Leser!

Diese Broschüre stellt einen Beitrag zur Information der österreichischen Gesellschaft über sicherheitspolitische Entwicklungen dar. IFK Aktuell folgt damit der Empfehlung der Österreichischen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin, die Bevölkerung umfassend und laufend über die Sicherheitslage im In- und Ausland zu informieren.



IFK Aktuell zielt darauf ab, die Lücke zwischen dem Erfahrungsaustausch im kleinen Expertenkreis und der täglichen Berichterstattung in den Medien zu schließen. Es wird von den Forschern des Institutes für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) der Landesverteidigungsakademie [LVAK/BMLV] erstellt. Die Analysen erscheinen in unregelmäßigen Abständen und beleuchten aktuelle internationale Krisen und Konflikte und Ansätze zu deren Bewältigung. Weiters wird auf neue Trends und Erscheinungsformen im Zusammenhang mit internationalem Krisenmanagement hingewiesen. Die Inhalte von IFK Aktuell finden Sie auch auf der Homepage des BMLV unter:

www.bundesheer.at/ifk

Der Institutsleiter
Bgdr Dr. Walter Feichtinger

Die Facebook-Seite des IFK ist unter www.facebook.com/lvak.ifk
oder untenstehendem QR-Code abrufbar.



www.facebook.com/lvak.ifk

Titelseite: Die Iranischen Revolutionsgarden starten eine ballistische Langstreckenrakete vom Typ Ghadr H im März 2016 [Foto: farsnews.com]

ISRAELISCH-IRANISCHE BEZIEHUNGEN

Nur wenige Staaten lösen so starke Bedenken auf regionaler und internationaler Ebene aus wie die Islamische Republik Iran. Ihr unterstellen nicht nur israelische Diplomaten hegemoniale Bestrebungen. In der Tat konkurrieren der schiitische Iran und seine Verbündeten mit einer von Saudi-Arabien angeführten sunnitischen Koalition um die Vorherrschaft in der arabischen Welt. In jüngster Vergangenheit entsteht der Eindruck, dass der Iran als großer Gewinner aus dem arabischen Frühling hervorgegangen sei. Denn durch seine Stellvertreter in Syrien, im Irak, im Jemen und im Libanon konnte Teheran seinen Einfluss deutlich stärken.

Dabei überschneiden sich die politischen Ziele Irans und Israels in vielerlei Hinsicht, wohl auch deshalb, weil sie keine direkten Nachbarn sind. Die Schrecken des anhaltenden Nahostkonflikts wirken sich nicht direkt auf ihre Beziehungen aus, und innerhalb der israelischen Bevölkerung besteht ein bemerkenswertes Wohlwollen gegenüber dem iranischen Volk, sowie der ehrliche Wunsch nach besseren Beziehungen. Die Islamische Republik, also das Regime, wird von den Israelis jedoch anders wahrgenommen: als Verkörperung des radikalen Islams schlechthin, das sich auf Hass auf Israel stützt. Die israelfeindliche Rhetorik in Kombination mit den nuklearen Bestrebungen der Islamischen Republik, macht Iran nach Ansicht der israelischen Regierung zur größten Bedrohung für die nationale Sicherheit Israels. Dieser Eindruck wird durch die anhaltende destabilisierende Rolle des Iran in mehreren Ländern, wie im Irak und Syrien sowie bei den militanten palästinensischen Gruppen, weiter verstärkt.

Die iranischen Feindseligkeiten gegenüber Israel bestehen seit der Islamischen Revo-

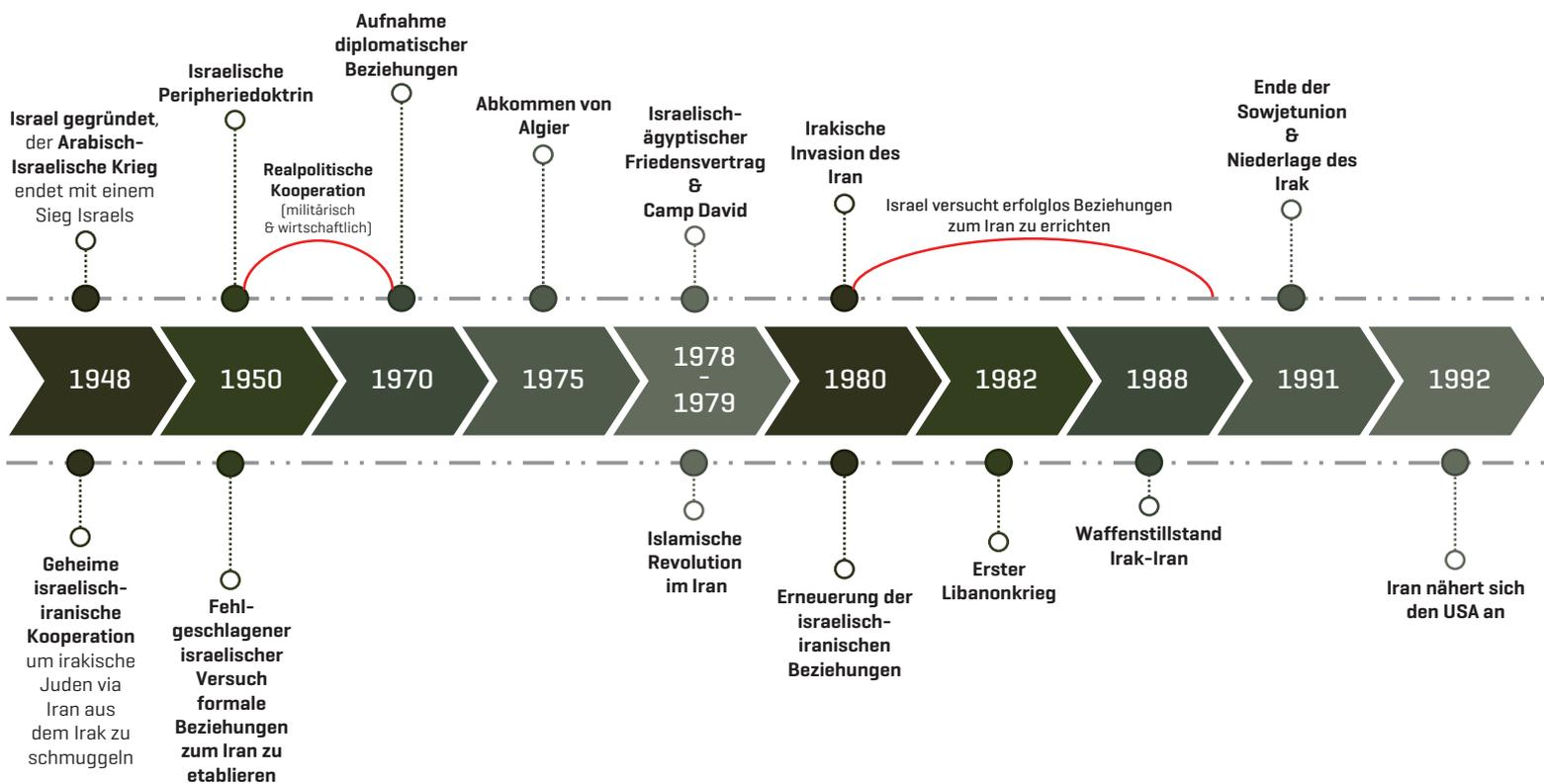
lution und haben sich in den letzten zehn Jahren verstärkt. Obwohl keine direkte Bedrohung von Israel ausgeht, scheint das iranische Regime Israel dennoch als einen der Haupttrivalen in der Region anzusehen. Die ideologisch bedingten Feindseligkeiten beruhen auf der Wahrnehmung Israels als imperialistischer Macht im Nahen Osten. Darüber hinaus haben anti-israelische Einstellungen im Iran ihren Ursprung im iranischen Verständnis der USA als wichtigstem Gegner der Islamischen Republik. Davon

leitet sich wiederum die Wahrnehmung ab, dass Israels Interessen bezüglich Iran deckungsgleich mit jenen der Amerikaner sind.

Und schließlich ist die iranische Außenpolitik gegenüber Israel von Verschwörungstheorien und antisemitischen Klischees geprägt. Die feindliche Haltung der Amerikaner gegenüber dem Iran sowie die gegen Teheran verhängten internationalen Sanktionen werden weitgehend als von der „zionistischen Lobby“ vorgegeben angesehen. Weiters

▼ Mohammad Reza Pahlavi, Schah von Persien [1919-1980]





▲ Zeitleiste: Wichtige Ereignisse in den israelisch-iranischen Beziehungen 1948–1992. [Grafik: Maya Hadar]

verdächtigt Teheran Israel und die USA, die innere Stabilität des Landes zu untergraben und Unruhen anzuzetteln. Diese Anschuldigungen gegen Israel können zunächst als Versuch der Iraner gewertet werden, die Aufmerksamkeit von den zahlreichen innenpolitischen Herausforderungen abzulenken.

Trotzdem ist davon auszugehen, dass das iranische Regime eine israelische Intervention tatsächlich für plausibel hält. Israel wurde weithin verdächtigt, für die Stuxnet-Angriffe sowie für die Ermordung iranischer Atomwissenschaftler verantwortlich zu sein.

Peripheriedoktrin

Die „Peripheriedoktrin“ oder das „Bündnis der Peripherie“ ist eine vom ersten israelischen Premierminister David Ben-Gurion entwickelte außenpolitische Strategie. Mit Blick auf die Türkei, den vorrevolutionären Iran und das kaiserliche, überwiegend christliche Äthiopien (s. Karte in der Heftmitte) forderte die Doktrin Israel auf, enge strategische Allianzen mit nicht-arabischen muslimischen Staaten im Nahen Osten zu entwickeln, um der vereinten Opposition der arabischen Staaten gegen die Existenz Israels entgegenzuwirken.

Des Weiteren beschuldigt die iranische Führung Israel und die USA, die Volksmodjahedin (Mojahedin-e Khalq Organization, MKO eine vom Führerkult geprägte Organisation, die radikalislamische Inhalte mit Marxismus verbindet); sowie die reformistische Grüne Bewegung und kurdische sowie belutschische Aufständische zu unterstützen.

Gleichzeitig scheint das Regime in Teheran Israel als amerikanische Achillesferse zu betrachten. Durch die Bedrohung der Existenz Israels hofft der Iran, die Vereinigten Staaten von einem Angriff abzuhalten und innenpolitisch fundamentalistische Unterstützung zu gewinnen. Dennoch ist das iranische Streben nach Atomwaffen kein Resultat der direkten Rivalität mit Israel, sondern geht auf die Zeit des Schahs zurück.

Beziehungen während der Pahlavi-Ära (1953–1979)

Nach dem zweiten Weltkrieg konzentrierten sich die Amerikaner als Überseemacht in ihrer Nahoststrategie auf Erdölpolitik und die Eindämmung des Kommunismus. Im Vergleich dazu sind die ehemalige Sowjetunion und das heutige Russland mit einer langen Land- und Seegrenze (Kaukasus, Kaspisches Meer, Zentralasien) direkt mit der Region verbunden. Zu den regionalen Interessen der Sowjets gehörten die Durchdringung

des arabischen Kernlandes, die Verbesserung der Beziehungen zur nördlichen Peripherie des Nahen Ostens (Iran und Türkei in den 1960er Jahren) und die Aufrechterhaltung der militärischen Präsenz im Mittelmeer und im Indischen Ozean. Beide Protagonisten des Kalten Krieges unterstützten ihre lokalen arabischen Partner, während die Türkei und der Iran zu pro-westlichen Bollwerken gegen die UdSSR ausgebaut wurden. Häufige interarabische Konflikte, vor allem zwischen revolutionären, mit der Sowjetunion verbündeten Regimen und pro-westlichen, konservativen arabischen Staaten, begleiteten den Nahostkonflikt.

Nach der Gründung des Staates Israel 1948 und dem israelischen Unabhängigkeitskrieg gegen seine arabischen Nachbarn wurden Pogrome gegen irakische Juden befürchtet. Damals unterstützte der Iran die israelischen Bemühungen irakischen Juden, denen es verboten war, das Land zu verlassen, zu helfen, indem er sie über sein Territorium nach Israel ausreisen ließ. Der Iran war das zweite muslimische Land, das Israel bereits ein Jahr nach seiner Gründung als souveränen Staat anerkannte.

Diplomatische Beziehungen zum Iran wurden erst nach dem Sturz von Premierminister Mossadeghs 1953 aufgenommen, als sich die pro-westliche Pahlavi-Dynastie

stabilisierte. Dies war damals Teil der israelischen „Peripherie-Doktrin“, die eine Intensivierung der Beziehungen zu den Mächten an der arabischen Peripherie vorsah – also Iran, Türkei und Äthiopien. Der junge Monarch Mohammad Reza Pahlavi schätzte das gemeinsame israelisch-iranische Interesse, die Ausbreitung des Panarabismus zu bekämpfen sowie sich gemeinsam gegen die Sowjetunion zu positionieren. Er glaubte aber auch, dass die Freundschaft mit Israel die Unterstützung durch die USA fördern würde. Daher gelang es Israel, eine kleine, ständige Mission in Teheran zu unterhalten und in den 1970er Jahren wurden schließlich diplomatische Vertretungen errichtet. Während der nächsten zwei Jahrzehnte bis zur iranischen Revolution pflegten Israel und der Iran eine interessengestützte realpolitische Zusammenarbeit.

Mit der Zeit verstärkten sich die Militär- und Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern; viele israelische Militärberater wurden in den Iran entsandt, um in der Verteidigungsindustrie zu arbeiten und trugen damit zur Stärkung des iranischen Militärs bei. Ein milliarden schweres gemeinsames israelisch-iranisches Raketenprojekt unter dem Codenamen „Flower“ ist ein Beispiel für die militärische Zusammenarbeit, ebenso die sechs „Öl für Waffen“-Verträge, die 1977 von beiden Ländern unterzeichnet wurden. Technische Berater aus Israel wurden ebenfalls in den Iran entsandt, um den Agrar- und Gesundheitssektor zu unterstützen. Zur damaligen Zeit lebten so viele Israelis im Iran,

dass sogar die Gründung einer israelischen Schule überlegt wurde. Darüber hinaus kaufte der Iran jährlich Waffen im Wert von 500 Millionen Dollar von Israel und exportierte während des OPEC-Embargos Erdöl nach Israel. In den zwei Jahren vor der Revolution (1975-1977) verzehrten die Iraner sogar etwa 40 Tonnen israelische Orangen pro Jahr. Für Israel bedeutete die blühende Beziehung den Erfolg der Peripheriedoktrin sowie die Garantie der Sicherheit für die große persisch-jüdische Minderheit im Iran.

Von Verbündeten zu Feinden

Mitte der 1970er Jahre erkannte der Iran, dass er sich in den Augen der arabischen Nachbarn legitimieren muss, wenn er seine Führungsrolle im Persischen Golf ausbauen und langfristige Sicherheit garantieren will. Dies erforderte eine Verbesserung der iranisch-arabischen Beziehungen, die jedoch nicht erreicht werden konnte, solange der Iran die Beziehungen zu Israel aufrechterhielt. Das im Frühjahr 1975 zwischen dem Iran und dem Erzfeind Irak unterzeichnete Abkommen von Algier stellte einen Wendepunkt in den israelisch-iranischen Beziehungen dar. Denn nachdem der Iran seine strategische Position am Persischen Golf gefestigt hatte, ging er auf Distanz zum jüdischen Staat, um von den Arabern akzeptiert zu werden. Nur wenige Wochen später erklärte der Schah, die Beziehungen zu Israel seien ein reines zeitgebundenes Zweckbündnis gewesen. Die Zeiten hätten sich heute aber gewandelt und es würde ein

neues Gleichgewicht und eine neue Sicherheitsarchitektur in der Region geben, in die in Zukunft vielleicht auch Israel eingebunden werden könnte. Israelische Strategen hatten große Schwierigkeiten, zu verstehen, warum die aus ihrer Sicht anhaltenden gemeinsamen Bedrohungen nicht zu einer Fortsetzung der iranisch-israelischen Zusammenarbeit führten.

Die Islamische Revolution 1979 überraschte sowohl Israel als auch die USA und führte zur Etablierung einer neuen politischen Ordnung im Iran. Das neue Regime formulierte sofort eine neue Außenpolitik basierend auf einer Reihe von Zielen, die in die neue Verfassung des Landes eingebettet sind (Artikel 3: Wahrung der Unabhängigkeit des Iran, territoriale Integrität, nationale Sicherheit und die Verwirklichung einer langfristigen und nachhaltigen nationalen Entwicklung). Nach der Revolution erklärte die Übergangsregierung, dass die bilateralen Beziehungen mit Israel eingestellt werden sollten.

Iran trat nun in direkte Konkurrenz zu Saudi Arabien und begann, eigene Strömungen des politischen Islam in der arabischen Welt zu fördern. Die irakische Invasion des Iran 1980 zwang das neue Regime jedoch, sich wieder an Israel zu wenden, um überlebenswichtige Güter zu beschaffen, da das iranische Militär unter dem westlichen Embargo litt. Der Transfer von Waffen, Flugzeugersatzteilen und militärischer Ausrüstung an den Iran kam erst Mitte der 1980er Jahre – nicht zuletzt aufgrund versäumter Zah-

►
Bewaffnete
Revolutionäre
im Jahr 1979



lungen – zum Stillstand. Nach der Invasion im Süd-Libanon 1982, musste Israel feststellen, dass Waffenverkäufe die ehemalige Freundschaft mit dem Iran jedoch nicht wiederherstellen konnten. Folglich gibt es seit dem Libanonkrieg keinen öffentlich bestätigten Waffenhandel mehr.

Nachdem der Nahostkonflikt mit den arabischen Nachbarn für Tel-Aviv bedeutender war als die Feindseligkeiten zwischen den arabischen Staaten und dem Iran, waren die Israelis mehr auf den Iran angewiesen als Teheran auf Tel-Aviv. Aufgrund verbesserter Beziehungen zu Ägypten, der Neutralisierung der irakischen Gefahr sowie der Vervierfachung der Ölfördermenge und der Interessenskonvergenz zwischen Israel und den USA sah Teheran wenig Nutzen in guten Beziehungen zu Israel. Entscheidend für die Verschlechterung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern war allerdings die von der Revolution ausgehende ideologische Motivation des politischen Islam, die zum Wechsel der Israel-Strategie führte.

Auf israelischer Seite beendeten die Camp-David-Abkommen von 1978 und der Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel von 1979 die unmittelbare Bedrohung durch einen erneuten arabisch-israelischen Krieg. Darüber hinaus hatte der Erste Golfkrieg 1980-88 sowohl den Irak als auch den Iran geschwächt, was die Bedeutung der Pe-

riperiestrategie für Israel verminderte. Während der 1980er Jahre versuchte Israel erfolglos Beziehungen mit dem Regime aufzubauen, ohne die strategischen Gründe hinter der ideologischen Rhetorik des Iran zu verstehen. Obwohl der Iran jegliche Zusammenarbeit mit Israel ablehnte, konnten gemeinsame Drohungen Washingtons und Tel-Avivs Teheran davon abhalten, seine antiisraelische Rhetorik in die Tat umzusetzen. Darüber hinaus beendete der Waffenstillstand von 1988 nicht nur den Krieg mit dem Irak, sondern auch die Möglichkeit einer geheimen Zusammenarbeit mit Israel. Zusätzlich verschwand mit dem Fall der Sowjetunion 1991 die Bedrohung durch eine sowjetische Invasion. Dies führte dazu, dass der Iran vermehrt daran interessiert war, die öffentliche Meinung in muslimischen, und besonders in arabischen Ländern zu beeinflussen, auch indem ideologische Feindseligkeiten gegen Israel geschürt wurden.

1990er bis 2015

Ende 1992 versuchte der Iran erneut eine Schlüsselrolle am Persischen Golf einzunehmen und rang um die Vormachtstellung im sunnitisch-arabisch dominierten Nahen Osten, wo die schiitischen Iraner als Außenseiter gelten. Wenig verwunderlich suchte der Iran daher eher die Nähe zu Amerika als zu seinen arabischen Nachbarn, um größere internationale Legitimität zu erlangen. Die

Voraussetzungen dafür wurden durch die geheime Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und dem Iran während des Kuwait-Kriegs geschaffen. Der Wunsch nach besseren Beziehungen zu den USA übertrumpfte die antiisraelischen Bestrebungen des Regimes. Die iranische Rolle in der Region wurde aber von den Amerikanern untergraben, nachdem der ehemalige US-Präsident George H. W. Bush beschlossen hatte, den militärischen Vormarsch nach Bagdad nach der Befreiung Kuwaits einzustellen und gemeinsam mit Israel einen „neuen Nahen Osten“ ohne Einbeziehung Teherans zu schaffen. Die Iraner reagierten scharf darauf, indem sie ihrer antiisraelischen Rhetorik Taten folgen ließen.

Die iranisch-israelischen Beziehungen wurden vor allem durch die Gründung, Ausbildung und Versorgung der Hisbollah durch Teheran noch weiter verschlechtert. Doch das Scheitern des Osloer Friedensprozesses sowie der Ausbruch der Zweiten Intifada Anfang der 2000er zwangen Israel, sich primär mit dem Nahostkonflikt zu befassen. Dies führte dazu, dass der Iran die Gefahr durch Israel als gering wahrnahm und so überlegen konnte, eine moderatere Linie gegenüber Israel zu verfolgen. Trotzdem sah das erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts eine Zunahme von Gewalt und Instabilität in der krisengeschüttelten Region, nicht zuletzt durch die Kriege im Irak und in Afghanistan.

▼ Zeitleiste: Wichtige Ereignisse in den israelisch-iranischen Beziehungen 1993-2018. [Grafik: Maya Hadar]





►
Präsident
Hasan Ruhani.
[Foto: kremlin.ru]

Israel wiederum bot dem Iran nach dem Erdbeben von Bam im Jahr 2003 an, Such- und Bergeteams zu entsenden. Dieses Angebot wurde jedoch von den Iranern abgelehnt. 2009 gab es erneute israelische Annäherungsversuche, die ebenfalls erfolglos blieben. Im Jahr 2010 hatte sich die Rivalität aufgrund des iranischen Atomprogrammes und der Rhetorik aus Teheran weiter verschlimmert: Iranische Politiker betonten immer wieder öffentlich die „Illegitimität“ des Staates Israel sowie die Notwendigkeit, diesen zu vernichten. 2005 leugnete Präsident Ahmadinejad sogar den Holocaust.

Seit 2011 hat der sogenannte „Arabische Frühling“ zum Sturz von Diktatoren und damit einhergehend zum Zerfall der Sicherheitsapparate geführt wodurch ein unkontrollierbares Umfeld geschaffen wurde. Neben den [chaotischen] Versuchen reformorientierter Eliten, die Lage zu stabilisieren und demokratische Institutionen aufzubauen, konnten extremistische und gewaltbereite nicht-staatliche Akteure sich in Ländern wie im Irak und Syrien etablieren, was zu einer weiteren Destabilisierung in der Region geführt hat. Vor allem die Anwesenheit pro-iranischer schiitischer Milizen aus Afghanistan und dem Irak in Syrien wurde von Israel als direkte Bedrohung aufgefasst.

Gleichzeitig versuchte die Türkei eine zunehmend wichtigere Rolle im Nahen Osten zu spielen. Sie unterstützt gemeinsam mit Katar die Muslimbruderschaft und steht damit in direkter Konkurrenz zu Saudi Arabien und Iran. Durch ihre regionalen Bestrebungen haben der Iran und die Türkei die Verhältnisse in der Region nachhaltig beeinflusst.

Iran unter Ruhani

Im Juni 2013 wurde Hassan Ruhani mit 72 Prozent der Stimmen zum neuen Präsidenten des Iran gewählt. Ruhani versprach bessere Beziehungen zum Westen, infolgedessen die wegen des Atomprogramms verhängten Sanktionen durch neue Verhandlungen aufgehoben werden könnten. Iran sei für diesen Schritt bereit, solange man „dem iranischen Volk mit Respekt gegenüber tritt und die Rechte der Islamischen Republik anerkennt“. Ruhanis Wahlkampfeslogan „Besonnenheit und Zurückhaltung“ versprach weiters einen positiven Wandel in innenpolitischen Fragen besonders was Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit angeht, sowie in internationalen Beziehungen.

Dieser Trend der Zurückhaltung betraf jedoch nicht die Beziehungen mit Israel, da der Iran unter Ruhani nach wie vor seine Unterstützung für die Palästinenser bekundete und das „zionistische Eindringen“ in Palästina ablehnte. Ruhanis Präsidentschaft stellte die USA und die westliche Welt vor ein Dilemma: sollte man die alte Strategie der Isolation weiterverfolgen oder doch den Iran als wichtige regionale und internationale Macht anerkennen und konstruktiv mit ihm interagieren. Zu Beginn schien die letztere der beiden Strategien stärker; die USA verkündeten, direkt mit dem Iran in Beziehungen treten zu wollen. Das britische Außenministerium wollte Ruhani davon überzeugen „den Iran auf einen anderen Kurs für die Zukunft zu richten: die internationalen Bedenken wegen des Atomprogramms anzusprechen und die politische und menschenrechtliche Situation des iranischen Volkes zu verbessern“.

Im November 2013 unterschrieben der Iran und die Internationale Atomenergie-Organisation [IAEO] eine gemeinsame Vereinbarung zu den Rahmenbedingungen einer Zusammenarbeit, mit dem Ziel, die friedlichen Absichten des iranischen Atomprogramms sicherzustellen.

Die größte Errungenschaft der ersten Amtszeit Präsident Ruhanis war die Unterzeichnung des Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplans im Jahr 2015, zusammen mit der EU-3+3 [EU, Frankreich, Deutschland, Großbritannien, plus USA, Russland und China, auch P5 + 1 genannt]. Basierend auf diesem Dokument wurden die umfangreichen Wirtschaftssanktionen gegen den Iran aufgehoben. Im Gegenzug willigte der Iran ein, sein Atomprogramm zurückzufahren. Trotz der wiederholten Drohungen von Seiten des amerikanischen Präsidenten Donald Trump, den Atomdeal mit dem Iran aufkündigen zu wollen, willigten die Vereinigten Staaten kurz vor den iranischen Wahlen 2017 ein, den Aktionsplan beizubehalten. Im Mai 2017 wurde Rohani mit 57 Prozent der Stimmen wiedergewählt. Ein Jahr später jedoch löste Trump sein Wahlkampfversprechen ein und kündigte den „schlechtesten Deal, der jemals gemacht wurde“. Formal blieb das Nuklearabkommen zum Nachteil Irans weiter bestehen. Teheran muss die Einschränkungen seines Programmes weiterhin akzeptieren, ohne in den Genuss der vereinbarten Sanktionserleichterungen zu kommen. Ruhani wurde dadurch innenpolitisch stark geschwächt. Außenpolitisch steht er unter Zugzwang. Deshalb setzt Teheran seit 2019 Teile der Umsetzung des Atomabkommens aus.



DAS IRANISCHE ATOMPROGRAMM

1967 eröffnete Iran seine erste, von den USA zur Verfügung gestellte Kernforschungsanlage. Nachdem Teheran 1968 den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet hatte, arbeiteten die Iraner ab Mitte der 1970er Jahre an einem Kernkraftprogramm. Die Islamische Revolution beendete allerdings die Zusammenarbeit mit den Amerikanern und das iranische Atomprogramm wurde auf Eis gelegt. Erst in den 1990er Jahren begann Teheran den Kontakt zu Russland und China zu suchen, um die nötige Expertise zu erlangen.

Die eigentlichen Absichten hinter Teherans Atomprogramm können in dieser Hinsicht nur vermutet werden. Einige Experten sehen das Streben nach Atomwaffen als Absicherung der eigenen Macht nach innen und nach außen, indem es die Technologie als Quelle des Nationalstolzes und Fortschritts sieht. Irans Absichten können also durchaus friedlicher Natur sein, wie die iranische Führung immer wieder betont. Allerdings gibt es dabei drei Probleme: Erstens hat Iran den Atomwaffensperrvertrag schon einmal verletzt, zweitens ist das Programm in dieser Art wirtschaftlich unlogisch, es würde sich erst ab 20 Atomkraftwerken rentieren, wofür dem Iran Mittel und Expertise fehlen und drittens braucht der Iran keine Atomwaffen, sondern nur die Atomwaffenfähigkeit (sprich die Beherrschung des Brennstoffkreislaufs), um als „virtuelle Atommacht“ zu gelten. Das

bedeutet, dass Teheran keine Bombe hätte, aber dennoch in der Region wie eine Atommacht behandelt werden würde.

Nuklearkrise

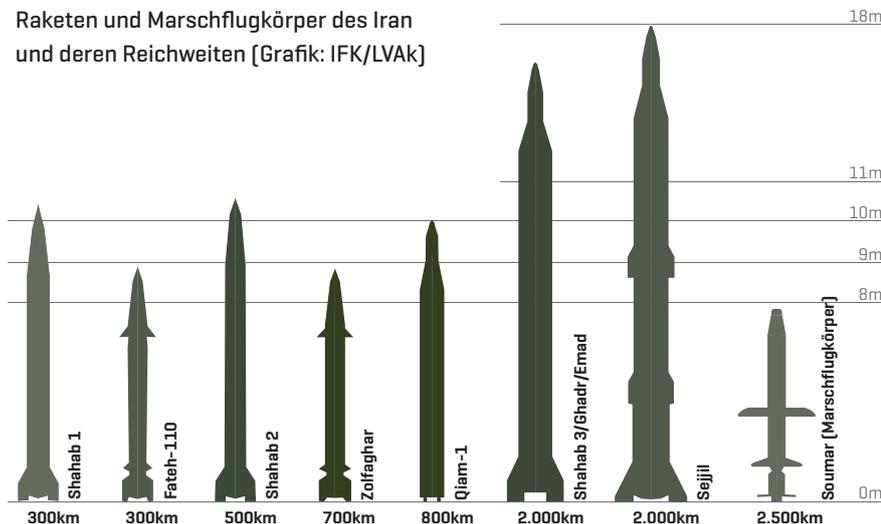
Bereits 1998 äußerten die USA ihre Bedenken über eine mögliche Militarisierung des iranischen Atomprogramms und verabschiedeten Sanktionen gegen Personen und Organisationen, die das Programm unterstützen. Ernste Bedenken zu den wahren Absichten des Iran gab es allerdings erst im Jahr 2002, als bekannt wurde, dass der Iran eine geheime Anreicherungsanlage in Natanz und eine Schwerwasseranlage in Arak errichtet hatte. Weiteres Beweismaterial erhärtete den Verdacht, dass der Iran an einem nuklearen Sprengkopf gearbeitet hat. Im Winter 2003 weigerte sich der Iran, den Inspektoren der IAEA umfangreicheren Zutritt zu seinen Forschungsanlagen zu gewähren. Im selben Jahr gab die IAEA bekannt, dass ihre Inspektoren Spuren von hochangereichertem Uran in der Anreicherungsanlage Natanz gefunden hatten. Nach Angaben des Iran waren diese Rückstände durch im Ausland erworbene Geräte in die Anlage gelangt.

In den Jahren 2003 und 2004 gab der Iran auf massiven internationalen Druck der IAEA gegenüber bisherige Versäumnisse

hinsichtlich seiner Meldepflicht bezüglich Anreicherungstechnologie für Zentrifugen zu. Da diese Technologie militärisch relevant sein kann, stieg die internationale Besorgnis. 2005 begann der Iran erneut mit der Uranumwandlung, einem Schritt zur Anreicherung, mit der Begründung, dies nur für einen friedlichen Gebrauch zu tun, sowie dem Verweis, dass Massenvernichtungswaffen durch den Islam verboten sind. Einen Monat später verkündete der neue iranische Außenminister Manouchehr Mottaki, dass der Iran die Arbeit in der Umwandlungsanlage Isfahan nicht einstellen wird und dass es Pläne gäbe, zwei weitere Anlagen zu errichten. Daraufhin schlugen die E3 (Großbritannien, Frankreich und Deutschland) vor, den Iran aufgrund seines Atomprogrammes an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu verweisen. Daraufhin drohte Iran, die Kooperation mit der IAEA einzustellen, ohne diese Drohung zu verwirklichen.

Im Februar 2010 veröffentlichte die IAEA einen Bericht, in dem sie ihre Sorge über eine mögliche Entwicklung von Atomsprengköpfen durch den Iran äußerte. Ali Akbar Salehi, der frühere Chef des iranischen Atomprogramms, verkündete im Dezember 2010, dass das Atomprogramm des Iran autark sei und man begonnen habe, Yellowcake – einen Ausgangsstoff für Uranbrennelemente – zu produzieren. Einen Monat später gab der Iran bekannt, selbstständig Kernbrennstoffe herstellen zu können. Nach ersten Sanktionen bot der Iran im September 2011 der IAEA fünf Jahre lang uneingeschränkter Zugang zu seinen Forschungseinrichtungen an, sollte die UNO die Sanktionen gegen das Land aufheben.

▼ Raketen und Marschflugkörper des Iran und deren Reichweiten [Grafik: IFK/LVAK]



Das Atomabkommen von 2015 und seine Bedeutung für Israel

Obwohl die Verhandlungen zwischen dem Iran und EU/3+3 bereits im Jahr 2010 begonnen hatten, kam es erst 2015 zu einer Einigung (dem sogenannten Gemeinsamen umfangreichen Aktionsplan, JCPOA). Der

Grundgedanke des Plans war das Aufheben gewisser Sanktionen im Austausch für das Zurückfahren des iranischen Atomprogrammes, das dadurch um mehr als ein Jahr zurückversetzt werden sollte. Befürworter des Deals argumentierten, dass der Iran die umfangreichsten Inspektionen, die jemals verhandelt wurden, akzeptiert hatte, wodurch es für Iran schwierig wird, zu einem zweiten Nordkorea zu werden. Der Ausstieg der Amerikaner würde daher dem Iran den Weg zur Kernwaffenfähigkeit ebnen. Dies würde jenem schaden, der am meisten zu verlieren hat: Israel. Kritiker des Plans argumentieren zumeist, dass er weder ausreichend wäre das Atomprogramm zu beschränken, noch das aggressive Verhalten des Iran in der Region zu unterbinden.

Israelische Reaktionen auf die Vereinbarung

Im Allgemeinen äußerte sich die israelische Politik skeptisch zum Abkommen, das Netanjahu als historischen Fehler bezeichnete. Die nukleare Bedrohung durch den Iran wirkte sich eher einigend auf die israelische Politik aus. Unterschiedliche Auffassungen herrschen bezüglich der Größe dieser Gefahr und wie mit dieser aus diplomatischer und militärischer Sicht umgegangen werden soll. Die Mehrheit der israelischen Experten fordert eine Einschränkung des Plutoniumprogramms und der möglichen militärischen Aspekte der Technologie, jedoch gibt es keine Einigung zur Höhe der Rest-Urananreicherung. Der offizielle Standpunkt der israelischen Regierung ist, dass keinerlei Anreicherungsanlagen im Iran akzeptabel sind. Allerdings könnten niedrige Anreicherungsfähigkeiten unter strengen Auflagen es der iranischen Wirtschaft erlauben, sich zu erholen und Israel sowie der internationalen Gemeinschaft ausreichend Zeit verschaffen, um rechtzeitig auf mögliche Verstöße zu reagieren.

Bis vor kurzem wurde der ungelöste Konflikt mit den Palästinensern als die vordringlichere langfristige Bedrohung für Israel auf-



▲ Die Atomanlage Arak im Jahr 2012. [Foto: wikimedia.org, User: Nanking2012]

gefasst. Mittlerweile gilt jedoch die Aussicht auf einen nuklear bewaffneten Iran im Besitz von ballistischen Mittelstreckenraketen und am Rande der Fähigkeit, nukleare Sprengköpfe für diese Raketen herzustellen, zusammen mit der iranischen Theokratie, die die Zerstörung Israels versprochen hat, als größere Bedrohung für Israel.

Innerhalb der israelischen Regierung sowie in Expertenkreisen besteht ein Konsens, dass der Iran entweder bereits entschieden hat, Atomwaffen herzustellen, oder beabsichtigt, dies in Zukunft zu tun. Obwohl die Wahrscheinlichkeit, dass der Iran, sollte er Atomwaffen besitzen, diese einsetzen würde, sehr gering ist, birgt der Besitz allein bereits das Risiko, dass Teheran aufgrund seines regionalen Hegemonialstrebens zu gefährlichen Aktionen verleiten könnte. So herrscht im israelischen Sicherheitsapparat die Befürchtung, dass Iran eventuell die Weitergabe von Atomwaffen an Terrorgruppen erwägen oder vermehrt in der Region zu intervenieren könnte.

MAD: Iranische Rationalität und israelische Abschreckung

Die israelische Debatte über das iranische Nuklearprogramm ist wesentlich von der Frage dominiert, inwieweit die Islamische Republik ein rationaler Akteur ist. Ohne Zweifel erscheinen Amerikanern und Israelis die politischen und strategischen Ziele der Islamischen Republik alles andere als vernünftig. Dennoch muss auch den Iranern eine gewisse Rationalität bei der Verfolgung ihrer Ziele zugestanden werden. Denn trotz

der offenen Anfeindungen gegenüber Israel müssen sich rational denkende iranische Entscheidungsträger über die möglichen Auswirkungen eines nuklearen Angriffs auf Israel im Klaren sein, da auch sie mit dem Konzept der „gegenseitigen zugesicherten Vernichtung“ [Mutually Assured Destruction - MAD] vertraut sind. Obwohl ein effektiver Atomschlag das kleine Israel gravierend schädigen könnte, wird diese Gefahr durch Israels vermutete Fähigkeit, einen nuklearen Zweitschlag durchzuführen, reduziert. Folglich würde eine Realität, in der der Iran Atomwaffen besitzt, zu einer zwar düsternen, aber möglicherweise stabileren Logik der wechselseitig zugesicherten Zerstörung führen, welche den Iran davon abhält, jemals Waffengewalt einzusetzen. Sofern das Regime das eigene Überleben als strategisches Ziel hat, ist die Gefahr eines iranischen Angriffs ungeachtet der Rhetorik der antiisraelischen iranischen Führung gering, wenn auch nicht ganz auszuschließen.

Darüber hinaus betont der ehemalige Mossad-Chef Efraim Halevy, dass die iranische Bedrohung keinesfalls existenziell sei. Vielmehr hätten Israels militärische Fähigkeiten gepaart mit einer gehörigen Portion „Chuzpe“ schon bisher beeindruckende Ergebnisse erzielt. Das zeigen die Bombardierung eines irakischen Reaktors 1981 und die 2007 erfolgte Zerstörung einer nuklearen Einrichtung in Syrien. Schließlich unterstützt die israelische Öffentlichkeit mit großer Mehrheit einen militärischen Schlag gegen Iran, wenn dadurch das Land vom Bau einer Nuklearwaffe abgehalten werden kann.

GEOPOLITISCHE VORHERSAGEN

Bekämpfung der nuklearen Bedrohung

Fast alle israelischen politischen Entscheidungsträger sind der Ansicht, dass dem Iran glaubwürdig Konsequenzen angedroht werden müssen, um zu verhindern, dass sich Teheran Atomwaffen verschafft. Premierminister Netanyahu drohte ausdrücklich mit militärischen Maßnahmen. Dass Israel dazu in der Lage ist, bestätigte im April 2015 der israelische Luftwaffenkommandant Generalmajor Amir Eshel, der darauf hinwies, dass die israelische Luftwaffe über ein Jahrzehnt lang die entsprechenden Kapazitäten für einen Luftschlag gegen die iranischen Nuklearanlagen aufgebaut hat. Die israelische Fähigkeit, militärisch zu handeln, wird als wichtige Ergänzung des diplomatischen Prozesses zwischen dem Iran und der internationalen Gemeinschaft angesehen. Dennoch spalten die Fragen des Zeitpunkts und der Art eines einseitigen israelischen Angriffs auf die iranischen Atomanlagen die israelischen Strategen und Leiter der Sicherheitsbehörden. Dabei mahnen die Militärs und Nachrichtendienstler zur Vorsicht, während die Politiker eine härtere Gangart bevorzugen.

Aus militärischer Sicht hätte ein israelischer Angriff nur dann zu erfolgen, wenn er technologisch machbar und erfolgreich durchführbar ist [Machbarkeitsaspekte beziehen sich hauptsächlich auf die Verfügbarkeit von Ziel-Daten]. In anderen Worten: würde Israel angreifen, sollte es davon überzeugt sein, dass ein Angriff das iranische Atomprogramm erheblich verzögern würde. Es gilt jedoch, dass eine Verzögerung von mindestens drei Jahren notwendig wäre, um einen solchen Angriff zu rechtfertigen.

Auf politischer Ebene würde eine militärische Operation nur dann realistisch sein,

wenn ein breiter Konsens darüber besteht, dass die diplomatischen Bemühungen „endgültig und unwiederbringlich erschöpft“ sind. Zuvor wird Israel die möglichen Konsequenzen zu den bilateralen Beziehungen mit den USA ausloten. Dabei wird angenommen, dass Washington jede israelische Vorgehensweise politisch unterstützen wird. Trotz der offensichtlichen Unterschiede bei der Bedrohungseinschätzung zwischen Israel und der internationalen Gemeinschaft, dürfte der konkrete internationale Druck auf den Iran in Verbindung mit Sanktionen und/oder diplomatischen Verhandlungen einen möglichen israelischen Angriff verhindern. Aufgrund des absehbaren Scheiterns des iranischen Atomabkommens nach dem Ausstieg der USA und der Verhängung von Sanktionen gegen die Islamische Revolutionsgarde, ist eine israelische Militäraktion in naher Zukunft nicht zu erwarten.

„Israel verfügt über Abschreckungs- und Präventionsfähigkeiten. Wenn der Iran Atomwaffen erwirbt, wird Israel in der Lage sein, eine echte operative Reaktion zu entwerfen, die in der Lage sein wird, damit umzugehen.“

-- Efraim Halevy, ehemaliger Chef des Mossad --

Israels öffentliche Meinung

Israelische Meinungsumfragen deuten darauf hin, dass die Öffentlichkeit hinsichtlich eines Angriffs auf die iranischen Nuklearanlagen gespalten ist wie in allen anderen politischen Fragen. Laut einer Meinungsumfrage von 2012, in der 500 Israelis befragt wurden, lehnten 34% jeden militärischen Angriff gegen die iranischen Atomanlagen ab. Interessanterweise, obwohl 19% der Israelis einen solchen Schritt unterstützten, gaben 42% an, dass sie einen Militärschlag

nur dann gutheißen würden, wenn Israel amerikanische Unterstützung für den Angriff erhalten würde. Eine weitere Umfrage, die im Juli 2015 durchgeführt wurde, ergab, dass 47% der Israelis einen einseitigen Schlag unterstützen, um den Iran daran zu hindern, eine Atombombe zu erhalten. Die selbe Umfrage wirft auch ein wenig Licht auf die öffentliche Meinung über das Atomabkommen: 71% gaben an, dass das Abkommen die Entwicklung einer Atomwaffe durch den Iran beschleunigen und nicht verhindern würde, wie von den EU/3+3 behauptet.

Wie viele politische Entscheidungsträger reagiert auch die israelische Öffentlichkeit sensibel auf die Frage nach der amerikanischen Unterstützung. Sollte eine solche Unterstützung gewährt werden, würde die israelische Öffentlichkeit eine Entscheidung für einen Angriff auch mittragen. Allerdings ist die Bevölkerung deutlich skeptischer, sollte Israel allein handeln. Zwei Drittel der Israelis glauben, dass die USA Israel in irgendeiner Weise unterstützen würden, sollte ein solcher Angriff stattfinden. In diesem Zusammenhang gaben 27% an, dass die USA sich dem Krieg im Namen Israels anschließen würden, während weitere 39% glaubten, dass die USA Israel diplomatisch unterstützen würden, aber nicht militärisch. Nach dem Erfolg eines solchen Angriffes gefragt, gaben 51% der Israelis an, dass ein Militärschlag gegen den Iran in der Lage sein würde, die Fähigkeit des Iran zur Entwicklung von Atomwaffen zu verzögern. 11% waren der Ansicht, dass er das Atomprogramm des Iran beschleunigen würde, 19% gaben an, dass es keine Wirkung haben würde.

Hisbollah im Libanon

Auf regionalpolitischer Ebene teilen Saudi-Arabien und Israel das Ziel, den iranischen Einfluss zurückzudrängen. An vorderster

Front steht dabei der Erzfeind Israels, die libanesische Hisbollah. Im Falle einer Konfrontation mit dieser Gruppe darf Israel mit hoher Wahrscheinlichkeit auf amerikanische Unterstützung zählen.

Es ist kein Geheimnis, dass Israel und die Hisbollah einen erneuten Krieg erwarten und beide Seiten sich auf die nächste Konfrontation vorbereiten. Den Israelis ist dabei klar, dass jede Auseinandersetzung mit der Hisbollah gleichbedeutend mit einer Konfrontation mit Iran ist, dessen – direkte und indirekte – Präsenz an der eigenen Grenze Israel unbedingt zurückdrängen möchte. Nach Ansicht israelischer Militärkreise hätte ein dritter Krieg mit dem Libanon eine ganz andere Dynamik. Die ersten Tage wären entscheidend, und größere Teile der zivilen Infrastruktur würden zerstört werden. Ein solcher Krieg dürfte erhebliche zivile Verluste mit sich bringen, was sich negativ auf die israelische Wirtschaft und vielleicht auch auf das internationale Ansehen des Landes auswirken könnte. Aber so schrecklich ein Krieg für Israel auch sein würde, die Hisbollah würde wahrscheinlich weitaus schlimmere Verluste erleiden. Andererseits ist zu bedenken, dass Hisbollah eine deutlich größere Fähigkeit besitzt, diese zu absorbieren. Das bedeutet, dass jede große israelische Operation die Gefahr in sich birgt, ohne klares Ende und Erfolg zu verlaufen.

Im Oktober 2017 erklärte Verteidigungsminister Avigdor Liberman, dass ein zukünftiger Krieg mit der Hisbollah wahrscheinlich Syrien und den Libanon als Einheitsfront umfassen würde. Er fügte hinzu, dass die

Hisbollah (die die libanesische Armee nach Auffassung Libermans kontrolliert) andere von Iranern unterstützte Gruppen, einschließlich der Hamas, vereinen könnte, um gemeinsam mit ihr in einem Libanon-Syrien-Gaza-Krieg zu kämpfen. Diese Vermutung wurde einen Monat später (November 2017) indirekt von Generalmajor Mohammad Jafari, dem ehemaligen Kommandanten der iranischen Revolutionsgarde, bestätigt. Er fügte außerdem hinzu, dass jeder neue Krieg zur Auslöschung des „zionistischen Regimes“ (Israel) führen wird. Kurz darauf, als Reaktion auf einen angeblichen israelischen Angriff auf Hisbollah-Ziele in Syrien, warnte der libanesische Präsident Michel Aoun, dass „alle Libanesen bereit sind, gegen Israel zu kämpfen“. Er fügte hinzu, dass er „nicht denke, dass es einen Krieg mit Israel geben wird, weil Israel einen solchen Krieg nicht gewinnen würde.“

Der Ausbruch von Kämpfen mit der Hisbollah könnte auch zu einem direkten israelischen Angriff auf den Iran führen, wenn beispielsweise Raketen, die der Iran an die Hisbollah liefert, eine große Anzahl israelischer Zivilisten töten, Bevölkerungszentren oder ein religiöses Ziel zerstören würde. In diesem Falle würden die Vereinigten Staaten wohl involviert werden. Millionen von Arabern, Sunniten und Schiiten aber auf die Seite des Iran getrieben; der terroristischen Dschihad wiederbelebt und den israelisch-palästinensischen Friedensprozess - (oder wenigstens eine Aussicht darauf) – zerstört werden.

Doch die zu erwartenden hohen Verluste wirken abschreckend genug, um die Gefahr

tatsächlicher Kämpfe zu verringern. Darüber hinaus ist es im Moment nicht im besten Interesse Israels, einen Krieg mit der Hisbollah im Libanon zu beginnen. Israel würde bei einem solchen blutigen Krieg legitimierende Narrative benötigen, die einen Präventivschlag ausschließen. Ganz abgesehen davon, dass Israel nach einem Krieg einem dauerhaften Frieden mit seinem libanesischen Nachbarn keinesfalls nähergekommen wäre. Dasselbe scheint für die Hisbollah zu gelten. Zwar könne laut Aussage Hassan Nasrallahs vom November 2017 die Kriegsgefahr mit Israel nie wirklich geleugnet werden, sie scheint seiner Ansicht nach jedoch nicht besonders hoch zu sein. Doch zusammen mit gelegentlichen Angriffen in Syrien kann die israelische Verstärkung der Mauer entlang der gemeinsamen Nordgrenze von den Libanesen als Bedrohung eingestuft werden. Folglich besteht die neue Herausforderung Israels darin, einen Weg zu finden, um „auf die Verankerung und Expansion des Iran in Syrien im Allgemeinen und entlang der Grenze im Besonderen zu reagieren“, ohne die imaginäre Grenze zu überschreiten, die eine gewaltsame Reaktion entweder vom Libanon, der Hisbollah oder dem Iran zur Folge hätte.

Syrien: die Bombe tickt

Die israelische Regierung hat wiederholt erklärt, dass sie über die Durchführung regelmäßiger Luftangriffe gegen syrische und iranische Waffenlieferungen an die Hisbollah hinaus im Konflikt in Syrien neutral bleiben möchte. Doch der offensichtliche Eintritt Israels in den syrischen Bürgerkrieg wird

► Benjamin Netanyahu bei der UNO Vollversammlung 2012
[Foto: UN Photo/ J Carrier]



zunehmend zu einem echten Risiko. Solche Aktivitäten verärgern sowohl Syrer als auch Iraner und können bereits bestehende regionale Risikofaktoren erhöhen. Letzteres könnte die Ölexporte sowohl im Iran als auch im Irak beeinträchtigen.

In einem solchen Szenario würde der Irak wahrscheinlich wieder zum Schauplatz einer Konfrontation zwischen US-Streitkräften und iranischen Stellvertretern werden, was sich negativ auf die Ölexporte des Iraks auswirken würde. Neben der Unterstützung Israels kann dies der Grund sein, warum das Weiße Haus im Jänner 2018 angab, dass die USA gemeinsame Interessen mit Israel haben und sicherstellen möchten, dass der Iran nicht in Süd-Syrien Fuß fassen kann.

Darüber hinaus wurde argumentiert, dass der „Islamische Staat“ trotz seines Zusammenbruchs erhebliche operative Fähigkeiten besitzt, um den iranischen Einfluss zurückzuhalten. Die IS-Angriffe in Teheran im Juni 2017, bei denen 12 Zivilisten starben und in Ahvaz im September 2018 mit 25 Toten, zeigen welche große Gefahr für die innere Sicherheit des Irans der IS darstellt. Nach dem Ende der territorialen Herrschaft des IS sieht sich Israel der direkten Bedrohung durch die Iraner in Syrien ausgesetzt (vor allem was den Schmuggel moderner Waffensysteme zur Hisbollah im Libanon anbelangt). Daher könnten beide Seiten erkennen, dass sie im Iran einen gemeinsamen Feind haben.

Die iranische Präsenz in Syrien erhöht die Wahrscheinlichkeit von Spannungen mit

Israel. Am 10. Februar 2018 drang eine in Syrien gestartete iranische Drohne in den israelischen Luftraum ein und wurde von der israelischen Luftwaffe abgefangen. Israel beschlagnahmte die Drohne, die nahe der Nordgrenze gefunden wurde. Daraufhin führte Israel seine bisher schwersten Luftangriffe gegen iranische Ziele in Syrien durch. Die IDF meldete, dass die Operation auf vier syrische Luftverteidigungsbatterien, vier iranische Ziele und den Anhänger, von dem aus die Drohne gestartet worden war, begrenzt war. Oppositionsquellen argumentierten hingegen, dass der Angriff auf den Kontrollturm eines syrischen Militärflugplatzes und ein Waffenlager in der Nähe von Damaskus abzielte. Die vom syrischen Fernsehen gemeldeten Explosionen um Damaskus wurden als neue israelische Aggression bezeichnet. Während der Operation schossen die syrische Flugabwehr einen israelischen Kampfjet vom Typ F-16 ab. Den beiden Piloten gelang es mit dem Schleudersitz auszusteigen, bevor das Flugzeug im Norden Israels abstürzte. Obwohl Israel während des syrischen Krieges zahlreiche Angriffe innerhalb Syriens ausgeführt hatte, wurde dies zum ersten Mal öffentlich bestätigt. Es war zudem der erste Vorfall seit dem Libanonkrieg, bei dem ein israelisches Flugzeug abgeschossen wurde.

IDF-Sprecher Brig. Gen. Ronen Manelis beurteilte diesen Vorfall dahingehend, dass der Iran mit dem Feuer spiele, weil dies als schwerer iranischer Angriff auf israelisches Gebiet gewertet wird und Teheran Dynamiken in der Region losstretet, von denen auch

die Iraner nicht wissen, wie sie enden werden. Ein anderer, ungenannter israelischer Militärsprecher kommentierte wie folgt: „Wir [Israel] sind bereit, vorbereitet und in der Lage, jedem, der uns angreift, einen hohen Preis aufzuerlegen, aber wir wollen die Situation nicht eskalieren. Dies war eine Abwehrmaßnahme, die durch einen iranischen Aggressionsakt ausgelöst wurde, und wir verteidigen unseren Luftraum, unsere Souveränität und Zivilisten“. Das Assad-freundliche Militärbündnis warnte Israel wiederum davor, dass ein neuer Akt des „Terrorismus“ auf eine „schwere und ernsthafte Reaktion“ stoßen wird. Russland forderte beide Seiten auf, Zurückhaltung zu üben.

Obwohl die beschriebenen Ereignisse die Möglichkeit einer weiteren Eskalation zwischen Israel und der vom Iran unterstützten Hisbollah in Syrien unterstrichen, blieb die befürchtete Eskalation bisher aus. Doch der Vorfall markiert den Beginn einer neuen Phase im Konflikt zwischen dem Iran und Israel; Anders als in der Vergangenheit greift der Iran nicht mehr auf seine Stellvertreter zurück, sondern fordert Israel direkt heraus. Der Mangel eines Geheimkanals zwischen Tel-Aviv und Teheran, mit Hilfe dessen Spannungen deeskaliert werden könnten, trägt erheblich zur Eskalationsgefahr bei.

Andererseits werden seit dem Sommer 2019 die iranisch-israelischen Spannungen von iranisch-amerikanischen (und britischen) Spannungen im Persischen Golf überlagert. In diesem Szenario spielt Israel keine direkte Rolle und hat vor allem keine Verantwortung für den weiteren Verlauf derselben. Diese liegt bei den Hauptakteuren Iran und USA. Israel wird die weitere Entwicklung selbstverständlich mit Blick auf seine eigenen Sicherheitsinteressen genau beobachten. Das betrifft auch die Frage, ob Israel auch offiziell der sich entwickelnden neuen Allianz gegen Iran anschließen wird.



◀
Libanesische Hisbollah, Miliz Al-Muqawamah al-Islamiya (Foto: khamenei.ir)



Europa und Iran: Unfreiwillig auf Konfrontationskurs?

Durch ihre Rolle im Verhandlungsprozess rund um das Nuklearabkommen mit dem Iran im Juli 2015 bewies die Europäische Union, dass sie in der Lage ist „strategisch autonom“ zu handeln. Die Aufkündigung des Abkommens durch Washington und die zunehmenden Spannungen im Persischen Golf drohen jedoch die EU auf einen ungewollten Kollisionskurs mit Teheran zu zwingen.



Erfolg oder Misserfolg von internationalen Interventionen

Wann wird ein internationales Eingreifen im Rahmen eines Konfliktes als Erfolg oder als Misserfolg gewertet? Das IFK nähert sich dieser Frage anhand von 12 Szenarien mit einem „Analyse-Tool zur Impact-Messung“ an. Dabei geht es nicht nur um die Effekte im Einsatzraum, sondern auch um die Auswirkungen auf den Entsendestaat und die involvierten internationalen Organisationen.



Sicherheitspolitische Dynamiken in Afrika

Afrika rückt wegen der grenzüberschreitenden Wirkung regionaler Krisen und Konflikte sowie der möglichen Auswirkungen auf die innere Sicherheit und Stabilität der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten zunehmend in den Fokus der Sicherheitspolitik europäischer Staaten. Afrikanische Staaten bemühen sich jedoch zunehmend, mehr Verantwortung im Feld der Sicherheits- und Entwicklungspolitik zu übernehmen.



Chinas Grand Strategy im Wandel

Wie soll sich Europa zwischen den USA, China und Russland positionieren – angesichts der rasanten geopolitischen Umbrüche stellt sich diese Frage immer drängender. Die größte Unbekannte ist dabei China. Dieser Band analysiert daher, welcher Vision das Reich der Mitte folgt und ob klare politische Zielsetzungen vorhanden sind – kurzum, wie Chinas Grand Strategy der letzten Jahrzehnte aussieht.

Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK)

Das 1999 gegründete Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement ist eine Forschungsabteilung der Landesverteidigungsakademie.

Um zwei der zentralen Aufgaben eines modernen Militärs nachzukommen, nämlich Sicherheit zu schaffen und Frieden zu wahren, ist es erforderlich und zweckmäßig, sich mit den theoretischen Grundlagen von Frieden und gewaltsamen Konflikten zu beschäftigen.

Das Institut konzentriert sich dabei auf die Bereiche Bedrohungs- und Konfliktbild, regionale Konfliktanalysen, Konflikttransformation sowie Streitkräftestrukturen und Doktrinen.

Durch den zusätzlichen Zugriff auf zahlreiche nationale und internationale Forschernetzwerke entstand im IFK ein "Center of Excellence" im Bereich sicherheitspolitische Analyse.

Die allgemein und spezifisch aufbereitete Expertise fließt bedarfsorientiert in nachfolgende Kernaufgaben des Instituts ein.

Politikberatung:

- ▶ Beitrag zur sicherheitspolitischen Beratung für staatliche und staatsnahe Einrichtungen

Forschung:

- ▶ Bedrohungs- und Konfliktbild,
- ▶ Entwicklung des internationalen Krisenmanagements und aktueller Einsätze,
- ▶ Konfliktanalyse über den Westbalkan, Nordafrika, das erweiterte Horn von Afrika, den Nahen Osten, den Südkaukasus und über die Gebiete des russischen Einflussbereiches.

Lehre:

- ▶ Lehrveranstaltungen an Bildungseinrichtungen des Verteidigungsministeriums sowie Universitäten

Öffentlichkeitsarbeit:

- ▶ Interviews, Informations- und Vortragstätigkeiten

Das IFK hat unterschiedliche Publikationsformate, von denen die meisten auch online veröffentlicht werden (siehe www.bundesheer.at/ifk).

Videoblog „Feichtinger kompakt“

Mit dem Start des innovativen Videoblogs „Feichtinger kompakt“ geht das IFK seit dem Frühjahr 2017 neue Wege der Kommunikation bzw. Öffentlichkeitsarbeit.

In diesen regelmäßig erscheinenden, professionell produzierten Kurzvideos in der Länge von ca. fünf Minuten werden von Brigadier Dr. Walter Feichtinger aktuelle sicherheitspolitische Themen analysiert und verständlich zusammengefasst.

Alle bis dato erschienenen Videos des Blogs „Feichtinger kompakt“ sind auf nachfolgender Playlist des Bundesheer-Kanals auf YouTube zu finden:



<http://bit.ly/2mvOhgD>

INHALT

Nur wenige Staaten lösen so starke Bedenken auf regionaler und internationaler Ebene aus wie die Islamische Republik Iran. In jüngster Vergangenheit entsteht der Eindruck, dass der Iran als großer Gewinner aus dem arabischen Frühling hervorgegangen sei. Denn durch seine Stellvertreter in Syrien, im Irak, im Jemen und im Libanon konnte Teheran seinen Einfluss deutlich stärken. Auch die Beziehungen zwischen dem Iran und Israel scheinen deutlich angespannt. Dabei überschneiden sich die politischen Ziele Irans und Israels in vielerlei Hinsicht. Zudem besteht innerhalb der israelischen Bevölkerung ein bemerkenswertes Wohlwollen gegenüber dem iranischen Volk, sowie der ehrliche Wunsch nach besseren Beziehungen. Nur das Regime in Teheran wird von den Israelis als Verkörperung des radikalen Islams schlechthin, das sich auf Hass auf Israel stützt, wahrgenommen. Wie steht es jedoch aktuell um die Beziehungen zwischen Tel-Aviv und Teheran? Welchen Auswirkungen zeitigt das iranische Atomprogramm auf das Verhältnis der Staaten? Und vor allem, wie wird es sich vor dem Hintergrund einer Region voller Spannungen weiter entwickeln?

DIE AUTORIN



Maya Hadar, Ph.D.

Gastforscherin am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie von 2017 bis 2019. Sie befasst sich im Zuge ihrer Tätigkeiten am IFK mit der israelischen Position im Bezug auf die Konflikte im Nahen Osten. Ihre Forschungsgebiete umfassen zudem Post-konfliktgesellschaften und die Auswirkungen von politischer Gewalt auf soziale und nationale Identitäten. Sie war als Rechtsberaterin in den Israelischen Streitkräften tätig.

IMPRESSUM:

Amtliche Publikation der Republik Österreich
Bundesminister für Landesverteidigung

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:

Republik Österreich, Bundesminister
für Landesverteidigung BMLV,
Roßauer Lände 1, 1090 Wien

Redaktion: Landesverteidigungsakademie Wien /
Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement

Layout und Gestaltung: LVAK/Referat III Medien, LVAK/IFK

Fotos und Grafiken: IMG, IFK, Autorin, Internet

Druck: Heeresdruckzentrum, Wien